

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/182

Bonn, den 23. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Seiten
1	<u>Nervosität</u>	50
	Die CDU und die bevorstehenden Gemeindegewahlen	
1a	<u>Schwarzer Tag in Straßburg</u>	48
	Ohnmacht des Europäischen Parlaments von Egon Heinrich	
2	<u>Bundesrepublik im Hintertreffen</u>	48
	Andere Länder geben mehr Mittel für die Förderung der Kernenergie für friedliche Zwecke aus	
3	<u>Der Standort der Gewerkschaften</u>	43
	Unverrückbares Ziel: der demokratische und soziale Rechtsstaat von Dr. Alex Moeller, MdB.	
4 - 5	<u>Labours Regierungsprogramm</u>	85
	Home: "Speisekarte ohne Preise" Wilson: "Hohe Preise für Hungermahlzeit"	

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Beunselstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

### Nervosität

#### Die CDU und die bevorstehenden Gemeindewahlen

sp - Am nächsten Sonntag werden die Städte und Dörfer in den Ländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen die künftige Zusammensetzung der Gemeindevertretungen durch Neuwahl bestimmen; am 25. Oktober folgen die Gemeinden der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in der Bundesrepublik ist zur Wahl aufgerufen, der letzten grossen politischen Willensbekundung vor den Bundestagswahlen im Jahre 1965. Der Ausgang dieser Wahlen wird in der politischen Öffentlichkeit mit einiger Spannung erwartet, gibt er doch Aufschluss über das gegenwärtige Kräfteverhältnis der Parteien, unberücksichtigt die Tatsache, dass besonders in kleineren Gemeinden rein regionale Gesichtspunkte den Ausschlag für die Entscheidung der Wähler geben.

Die Bewerber der SPD und der CDU um die Gunst der Wähler stehen sich als Hauptopponenten gegenüber. Die starke Position der Sozialdemokraten - sie stellen in den Großstädten überwiegend die Oberbürgermeister - verlockte diesmal die CDU zu ungewöhnlich grossen Kraftanstrengungen. Sie will hier Wandel schaffen, will viele Rathäuser erobern. Bei der Aufstellung von Kandidaten ging sie sorgfältiger vor als in früheren Jahren, sie suchte nach profilierten Kandidaten, von denen sie annimmt, von ihnen werde die nötige Zugkraft ausstrahlen. Ganz sicher scheint sie ihrer Sache doch nicht zu sein. Hier liegt der Grund für die Nervosität der CDU-Führung. Das erklärt auch die Ausfälle einiger ihrer Repräsentanten gegen die grosse Konkurrentin, gegen die SPD. Da die Verteufelung des politischen Gegners in der Bevölkerung keine Resonanz findet, müssen Entstellungen und falsche Behauptungen über eine angeblich in sich zerrissene SPD herhalten; hier übte sich besonders Herr Rathke, der Sprecher der CDU.

Ob dies in der Bevölkerung Anklang findet? Es ist aus vielen Gründen zu bezweifeln. Die Wähler in den Dörfern und Städten wissen, wo sie der Schuh drückt, sie wissen, dass es auf den Bau von Schulen, Krankenhäusern, gesunden Wohnsiedlungen und modernen Strassen - um nur einige Hauptgebiete zu nennen - ankommt, sie wissen aber auch, dass das Ausbleiben einer gesunden Finanzreform die Gemeinden in vieler Hinsicht benachteiligt. Sie können nicht alle Aufgaben so erfüllen, wie es der Notwendigkeit entspräche. Die jeweiligen Bundesregierungen seit 1949 behandelten in ihrer Steuer- und Finanzpolitik die Gemeinden, die dritte Säule unsere demokratischen Staates, als Stiefkind. Das bekommen die Gemeinden und deren Wähler zu spüren.

Am Wiederaufbau unserer einst durch den Bombenhagel und durch den Krieg zerstörten Dörfer und Städte haben die Sozialdemokraten einen führenden, ja oft entscheidenden Anteil. Ungezählte Männer und Frauen widmeten und widmen der Förderung des Gemeinwchs ihre ganze Kraft und Energie. Die sozialdemokratischen Vorstellungen, einer modernen, der Bedürfnisse der Industriegesellschaft Rechnung tragenden Gemeindepolitik - und dies im umfassenden Sinn - finden in der Bevölkerung eine breite Resonanz. Die Sozialdemokraten stellen sich mit Zuversicht der Entscheidung des Wählers, sie brauchen sie nicht zu befürchten. Die Leistungen ihrer Männer und Frauen in den Kommunal-Parlamenten sind mit unvergänglichen Lettern in Buch der Deutschen Nachkriegsgeschichte eingzeichnet.

### Schwarzer Tag in Straßburg

#### Ohnmacht des Europäischen Parlaments

Von Egon Heinrich

Das Europäische Parlament hat sich selbst einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Was am Dienstag in Straßburger Europa-Haus geschah, dürfte als ein schwarzer Tag in die Geschichte des Parlaments eingehen. Da fordern die Abgeordneten seit Jahren leidenschaftlich mehr und echte Befugnisse. Mit Ausnahme der Gaullisten waren sich die Christdemokraten, die Sozialdemokraten und die Liberalen stets einig. Und nun geschieht folgendes: Das Parlament sollte am Mittwoch in Straßburg über die Frage seines Sitzes beraten. Als Grundlage dafür hätten ein Bericht seines Politischen Ausschusses und eine mündliche Anfrage der Sozialistischen Fraktion zur "Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaften" gedient. In ihrer Anfrage hatte die Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion, Käthe Ströbel, MdB, u. a. die EWG-Kommission gefragt, ob sie der Ansicht sei,

- a) daß der Sitz des Europäischen Parlaments nicht ohne vorherige Konsultation des Europa-Parlaments festgelegt und beim endgültigen Beschluß die Stellungnahme des Parlaments beachtet werden sollte;
- b) die Arbeitsfähigkeit und die Kontrollmöglichkeiten des Europäischen Parlaments in sehr erheblichem Maße beeinträchtigt würden, wenn es seinen Sitz nicht am Ort der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften hätte?

Dem Ministerrat, der sich am 18. September wiederum nicht über die Fusion der drei Exekutiven und über den Sitz des Europäischen Parlaments einigen konnte, wäre eine öffentliche Debatte darüber offenbar unangenehm gewesen. Im Namen von Außenminister Schröder, der zur Zeit im Ministerrat den Vorsitz führt, ersuchte daher Staatssekretär Lehr den Präsidenten des Europäischen Parlaments schriftlich, die Sitzfrage von der Tagesordnung abzusetzen. Der Parlaments-Präsident kam diesen Wunsch sofort nach. Nach einer sehr lebhaften Debatte wurden der Bericht des Politischen Ausschusses und die mündliche Anfrage der Sozialistischen Fraktion auch im Plenum von der Tagesordnung der Mittwochsitzung gestrichen. Christdemokraten, Liberale und Gaullisten waren sich in der Majorisierung der Sozialdemokraten einig. Diese nahmen aus Protest nicht mehr an den Dienstag-Sitzungen teil.

Facit: Die Mehrheit des Europäischen Parlaments hat sich in blamabler Weise den Wünschen des Ministerrats untergeordnet. Man darf sich nicht wundern, wenn das Straßburger Parlament in Zukunft noch weniger ernstgenommen wird als bisher. Ein zweites: Die "Europäer" unter den CDU- und FDP-Abgeordneten haben kläglich versagt. Sie machen es dem Ministerrat möglich, über den Kopf der Europa-Abgeordneten hinweg den Parlamentssitz festzulegen. Das Vorgehen des deutschen Vorsitzenden im Ministerrat richtet sich selbst. Wieder einmal hat sich die Sozialistische Fraktion als die einzig europäische Kraft im Europäischen Parlament erwiesen. Der Korrespondent einer internationalen Zeitung kommentierte die Ereignisse so: "Man müßte Sozialdemokrat werden."

### Bundesrepublik im Hintertreffen

Andere Länder geben mehr Mittel für die Förderung der Kernenergie für friedliche Zwecke aus

sp - In seinem jetzt in Basel erschienenen Buch "Ökonomik der Kernenergie" gibt Niels Grosse bemerkenswerte Hinweise. Er schlüsselt die Beträge, die bei unseren westlichen Nachbarländern für die Förderung der Kernenergie für friedliche Zwecke zur Verwendung stehen, auf. Die Bundesrepublik scheidet dabei sehr schlecht ab. Die Vereinigten Staaten geben 50 DM, Großbritannien 28 DM und Frankreich 19 DM pro Kopf der Bevölkerung für diesen Zweck aus. Die Bundesrepublik stellt demgegenüber nur fünf DM bereit. Sie ist damit in der Gefahr, auf dem Weltmarkt der Atomindustrie abgehängt zu werden.

Von den deutschen Wissenschaftlern wird schon seit langem darauf hingewiesen, daß die Mittel für die Förderung der Kernenergie bei uns viel zu gering sind. Darüber hinaus wird immer wieder betont, es kerne in Westdeutschland darauf an, systematisch eine Industrie zu entwickeln, die auch Atomgeräte serienmäßig herstellt. Ein Weg dazu bestünde im Zusammenschluß der großen finanzkräftigen Unternehmen, die sich bereits vereinzelt mit Atomprojekten befassen. Wesentlich schneller aber würden zweifellos Forschung, Entwicklung und Produktion vorankommen, wenn der Staat - wie in England, Amerika und Frankreich - hier systematisch fördern und Einfluß nehmen würde.

Wohin die Reise führt, hat die Dritte Internationale Konferenz über die friedliche Nutzung der Atomenergie in Genf gezeigt, an der über 3 000 Atomwissenschaftler aus 31 Ländern teilnahmen. Die "atomtechnischen Großkraftwerke werden zwischen 1970 und 1980 mit den herkömmlichen Strom konkurrieren können. Es wird bald möglich sein, große Atomkraftwerke im Nebeneffekt für die Entsalzung von Meerwasser und damit für die Gewinnung von Süßwasser einzusetzen. Reaktoren, die auf direktem Wege - ohne Wärmeaustauscher, aber mit hohem Wirkungsgrad - Strom abgeben, sind in der Entwicklung.

Die ersten Vorarbeiten laufen bereits mit dem Ziel, Atomreaktoren für bestimmte technische Produktionsprozesse in der chemischen Industrie zu verwenden. Die theoretische Entwicklung für Kleinreaktoren macht enorme Fortschritte, so daß bald mit dem Bau von atomgetriebenen Flugzeugen begonnen werden soll. Die Reaktortechnik ist inzwischen so weit, daß neue Hochleistungsanlagen die gleiche Energie abgeben können, wie vor ein bis zwei Jahren noch drei bis vier Reaktoren. Das bedeutet für die atomgetriebene Handelsschifffahrt einen enormen Fortschritt.

Diese und andere technische Einzelheiten wurden im Genfer Völkerbundpalast von den Wissenschaftlern nüchtern vorgetragen. Für die Bundesrepublik kommt es jetzt nicht allein mehr darauf an, den Anschluß in der wissenschaftlichen Grundlagenforschung zu halten. Es genügt auch nicht mehr, wenn in der Bundesrepublik nur ein atomgetriebenes Handelsschiff und neben einigen Forschungsreaktoren ein paar große Atomkraftwerke geplant oder in Bau sind. Die Bundesregierung sollte sich mit der leistungsfähigen deutschen Industrie zusammensetzen, um das ganze Gebiet zu durchdenken. Die systematische Entwicklung einer Industrie ist nötig, die Atomgeräte herstellt.

+ + +

### Der Standort der Gewerkschaften

Unverrückbares Ziel: der demokratische und soziale Rechtsstaat

Von Dr. Alex Moeller, MdB

In der pluralistischen Gesellschaft sind die politischen Parteien sowohl Medium als auch Handlungsorgan des Volkswillens. Durch die Gewerkschaften wird die Stimme der Arbeitnehmer nicht nur hörbar, denn die gewerkschaftlichen Organisationen sind mehr als Vertragskontrahent am Arbeitsmarkt, mehr als eine Repräsentation der Arbeitnehmerschaft, mehr als nur Partei in eigener Sache. Sie führen den Ausgleich zwischen den individuellen und den überindividuellen Interessen herbei, sie helfen Grundrechte sichern und beachten das ordnende Element der Gemeininteressen. Es sind die Gemeinsamkeiten im wirtschaftlichen und sozialen Zielstreben, die in der Gewerkschaft zum Zusammenschluß führen, in dem allerdings - und das ist gut so - im einzelnen die Meinungen, Wertungen und Absichten differieren können. Die notwendige Harmonisierung vollzieht sich intern mit dem Ergebnis einer Entscheidung aus Mehrheitsbeschluß, der das Gesamtanliegen auf einen einheitlichen Nenner bringt. Nur so wird die Vertretung in geordneter Weise gegenüber Marktkontrahent, Staat und Öffentlichkeit möglich.

Jede Gewerkschaft steht mitten im Wirtschaftsgeschehen und damit bei uns auch im Gedanken an eine soziale Marktwirtschaft. Sie ist deren unabdingbares Strukturelement. Die ausreichende Teilnahme aller am Wachstum des Sozialprodukts und am sozialen Fortschritt soll mit marktkonformen Mitteln verwirklicht werden, d. h. mit so viel Freiheit wie möglich und so wenig Staatseingriffen wie notwendig. Im Sinne des Grundgesetzes zielt unsere Gesellschaftsordnung auf die marktwirtschaftliche Freiheit, aber - und gerade das sollte nicht mehr übersehen werden - in den Bindungen eines gerechten sozialen Ausgleichs. Die wirtschaftsfördernde Kraft des freien Wettbewerbs muß institutionell durch Gesetz und organisierte Selbsthilfe und nicht zuletzt auf die Weise gesichert werden, daß jede einseitige Machtkonzentration unterbunden wird. Es gilt der Grundsatz der Subsidiarität, nämlich das Prinzip, daß die am Wirtschaftsprozess Beteiligten, bevor sie sich an den Staat wenden oder ihn gar zur Hilfe rufen, ihre Ansprüche selbst zu regeln haben.

Wie im demokratischen Staat die politischen Parteien an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken haben, so ist eine Wirtschaftsdemokratie, gestützt auf die individuellen und sozialen Grundrechte, auf den Weg der Selbsthilfe und der Mitbestimmung angewiesen. Diesen Weg können wir nur mit der Gewerkschaft beschreiten. Das unverrückbare Ziel des gemeinsamen Wirkens von Gewerkschaft und Partei bleibt der demokratische und soziale Rechtsstaat.

Labours Regierungsprogramm

Home: "Speisekarte ohne Preise"

Wilson: "Hohe Preise für Hungermahlzeit"

F.S. London

Eine Politik, die in der Vergangenheit versagte, kann auch in der Zukunft nicht erfolgreich sein. Politiker, die als Mitglieder einer Regierung die Geschicke ihres Landes lenkten und dabei, wie das Wahlmanifest Labours feststellt, "13 Jahre vergeudeteten", können nicht mehr überzeugend ein Regierungsprogramm entwickeln, "das, gestützt auf die Erfolge der Vergangenheit, neue Fortschritte für die nächsten 5 Jahre ankündigt".

Die Zusammenfassung der menschlichen, wirtschaftlichen und technischen Kräfte, die im Labour Programm gefordert wird, setzt eine Zielstrebigkeit voraus, die der Liberalen und konservativen Politik fehlte. Auch in den jüngsten Regierungsprogrammen dieser beiden Parteien ist die Auseinandersetzung mit jenen lebenswichtigen Faktoren einer demokratischen Wirtschaftsordnung undurchsichtig und verwirrend dargestellt. Der Durchschnittswähler ist kein Planungsexperte, und durch ist es durchaus wahrscheinlich, dass er sich durch leichtsinnig gegebene Versprechungen täuschen lässt und nicht fragt, warum sie nicht schon längst während der 13 Jahre konservativer Regierung erfüllt wurden.

Tories und Liberale vereinen sich, wenn es darum geht, das Labour Manifest anzugreifen. Der Erfolg stellt sich um so weniger ein, als sie sich gegenseitig und in aller Öffentlichkeit für ihre verfehlte Politik verantwortlich machen. Joseph Grimond, Führer der liberalen Partei, sieht in Sir Alec Home einen "Konservativen vom Scheitel bis zur Sohle", der während der Münchener Krise, der Suez-Affaire, in innerpolitischen Angelegenheiten niemals von dem verhängnisvollen Weg orthodoxen Konservatismus abwich.

In einer Versammlung fragte Grimond seine Zuhörer: "Glauben die Labour Führer an den Sozialismus? Sie sollten es sagen. Wahrscheinlich tun es viele, wenn auch ohne Überzeugung. Trotzdem sie die Nationalisierung niemals erwähnen, weil sie sich keiner Beliebtheit erfreut, sind viele von ihnen Gegner des freien Wirtschaftssystems." Die regierungsfreundliche Tageszeitung "The Times" findet wiederum, "dass im Manifest die sozialistische Planung ausdrücklich verherrlicht wird."

Abgelehnte Fernsehdiskussion

Sir Alec Home, Ministerpräsident und Führer der konservativen Partei, spricht von einer "Speisekarte ohne Preise" und glaubt, dass die Erfüllung des "sozialistischen Regierungsprogramms" zum Staatsbankrott führen wird. Wilson antwortet, dass die konservative Hungermahlzeit noch teurer sei als eine gute Speisekarte. Die "Times" behauptet mit einigem Recht, dass "die Kosten und die praktische Durchführung des einen oder anderen Parteiprogramms einen zentralen Punkt

im Wahlkampf bilden wird." Harold Wilson hat Sir Alec eingeladen, vor dem Bildfunk und im Rundfunk beide Parteimanifeste und ihre finanziellen Auswirkungen zu debattieren. Auffallend schnell lehnte der Ministerpräsident ab.

Das konservative Abendblatt "Evening News" schreibt, dass Labours Manifest, falls die Partei die Regierung übernimmt, "eine gigantische Aufrüttelung im gesamten Verwaltungssystem zur Folge haben wird." Der politisch gleich ausgerichtete "Evening Standard" versucht seinen Lesern am gleichen Abend klarzumachen, dass sich die Politik Wilsons und seiner Freunde nicht wesentlich von der unheilvollen Nachkriegspolitik der Regierung Attlee unterscheidet und die gleichen Folgen haben wird.

Die rechtsgerichtete Sonntagszeitung "Sunday Telegraph" berichtet von einer völlig unerwarteten Entwicklung. Unter Benützung des während der letzten beiden Wochen vorgenommenen Gallup Poll kommt das Blatt zu der Überzeugung, dass es der Labour Party gelungen wäre, die Unterstützung eines Prozentsatzes der sogenannten Mittelklasse zu mobilisieren, der bedeutend höher liegt als im Jahre 1959. Dieses Institut für Meinungsforschung gelangt zu dem Ergebnis, dass eine arbeitsfähige Mehrheit für eine Labour Regierung im Augenblick nicht mehr besteht.

#### Stillschweigende Vereinbarung

Nach 13 Jahren konservativer Regierung wurde die ökonomische Situation im Verlaufe der letzten Wochen so kritisch, dass die drei Parteien zu der stillschweigenden Vereinbarung gelangten, während des Wahlkampfes jede Auseinandersetzung, die zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise führen könnte, zu unterlassen. Im Interesse der Nation hat die Labour Party auf einen ihrer wesentlichen Angriffspunkte verzichtet. Der unabhängige liberale "Observer" bemerkt, dass in dieser Situation von jeder Regierung Notstandsmassnahmen zu treffen sind, dass aber in einer demokratischen Gesellschaft jeder Wähler erfahren sollte, welche Massnahmen eine künftige Labour- oder konservative Regierung ergreifen würde, und wie sie sich auf den einzelnen Staatsbürger und auf die Gemeinschaft auswirken würden. Auf diesen indirekten Vorwurf haben die Parteien noch nicht antworten können.

Der Wahlkampf hat gerade erst begonnen. Kein Politiker, kein Psychologe und kein Statistiker kann jetzt schon die Reaktion der britischen Öffentlichkeit abschliessend beurteilen. Niemand vorweg voraussagen, ob die Schlagworte "Keine Experimente" und "Ihr hättet es niemals so gut" ihre Wirkung verloren. "Der Nachteil freier Wahlen ist", bemerkte einst der russische Aussenminister Molotow zu seinem britischen Kollegen Bevin, "dass man nie sicher ist, wer sie gewinnt."